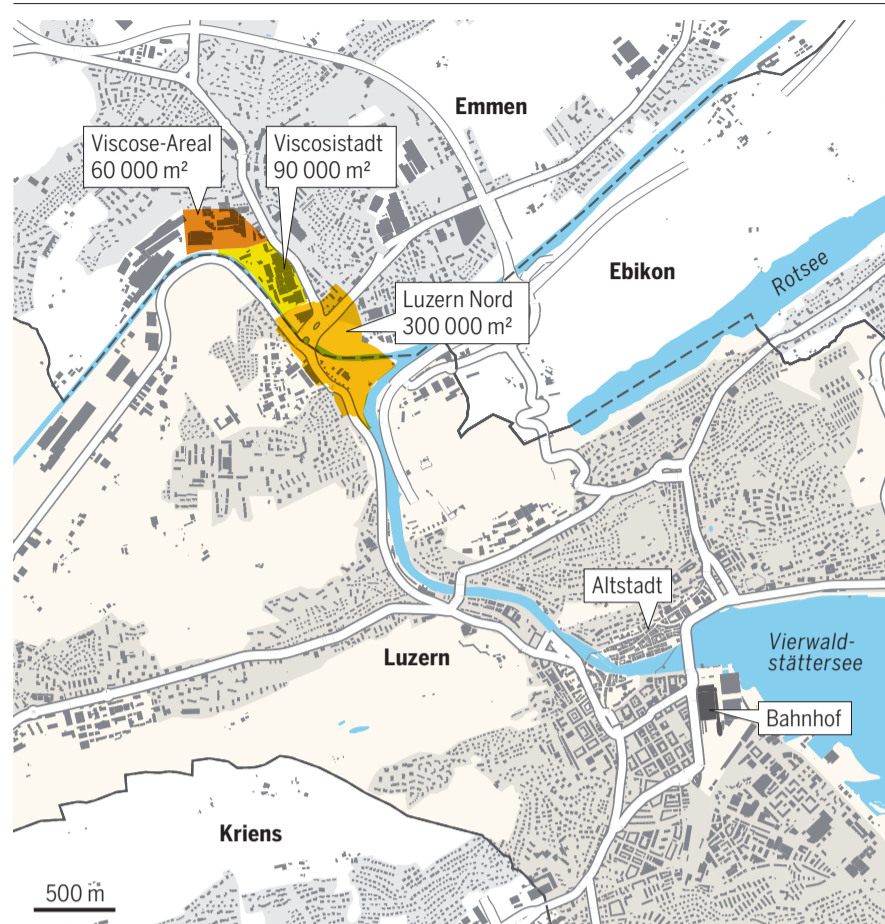


Schweiz



So soll die Promenade entlang der Kleinen Emme in der Viscosistadt nach den Vorstellungen der Planer aussehen. Visualisierung: PD



TA-Grafik mt

Ausbruch in die «Verbotene Stadt»

Im Norden Luzerns entsteht auf einer Industriebrache ein zweites Stadtzentrum. Damit kann sich die Stadt grosszügig weiterentwickeln.

Von Michael Soukup
Luzern

Mit der Eröffnung der durchgehenden Autobahn A 4 im Jahre 2009 hat sich die Fahrtzeit zwischen Zürich und Luzern auf 35 Minuten reduziert. «Luzern-Nord liegt seither näher am Zentrum Zürichs als manches Zürcher Stadtquartier», schreibt die Stadt Luzerner Regierung in ihrem städtebaulichen Leitbild von Anfang Februar. Diese neue Nähe zur Schweizer Wirtschaftsmetropole ist auch ein Grund dafür, dass auf einer Fläche so gross wie die Luzerner Altstadt der neue Stadtteil Luzern-Nord aus dem Boden gestampft wird. Dazu wird die wichtigste Verkehrsdrehscheibe der Zentralschweiz - der Seetalplatz - komplett umgekrempelt und der Hochwasserschutz verstärkt.

Heute befindet sich dort auf 300 000 Quadratmetern ein hässliches Sammelsurium von Kreiseln, Ausfallstrassen, Brücken, Eisenbahnschienen, Autodiscountern - und untendurch fliesst die Kleine Emme in die Reuss. Ab 2018 entstehen hier «akzentuierend in die Strassenfluchten gesetzte Hochhäuser, die den Ort mit dem ikonografischen Programm einer Skyline markieren», um es mal im gediegenen Architekten-Speak zu formulieren. Als Referenzen für den «urbanen Brennpunkt» werden unter anderem das

Sullivan Center in Chicago oder die Bauten des Mailänder Architektenduos Mario Asnago und Claudio Vender aus den 40er-Jahren genannt.

Am Seetalplatz sind mittlerweile die Bagger aufgeföhren; was das urbane Herz aber wirklich höher schlagen lässt, spielt sich ein Steinwurf weiter weg ab. Ennet der Stadtgrenze im wenig pittoresken Vorort Emmen pocht das eiserne Herz der Zentralschweiz. Hier in der zweitgrössten Stadt der Innerschweiz betreibt die Von-Roll-Gruppe eine der landesweit grössten Eisengiesereien, hier steht auch das riesige Stahl- und Walzwerk der früheren von Moos Stahl und heutigen Schmolz + Bickenbach aus Deutschland.

100 Jahre kein Zutritt

Ein weiteres grosses Industrieareal ist die Produktionsstätte der früheren Viscosuisse. Auf rund 150 000 Quadratmetern stellte die 1906 vom französischen Industriellen Ernest Carnot gegründete Viskosefabrik aus Holzzellulose Kunstseidengarne her. Der Höhepunkt der Faserproduktion war 1973 mit über 3000 Beschäftigten. Mit dem Niedergang der Schweizer Textilindustrie wurde die Produktion Schritt für Schritt heruntergefahren, teils weiterverkauft oder ins Ausland verlagert. Heute produziert noch die Nachfolgesellschaft Monosuisse AG mit rund 180 Mitarbeitern

dünne, hoch präzise Einzelfäden für den Filtrations- und Siebdruckbereich. Ihr gehört ein 90 000 Quadratmeter grosses Teilareal. Es ist um ein Fünftel grösser als der kürzlich eröffnete Stadtteil Europaallee am Zürcher Hauptbahnhof. Nun öffnet die einst für die Öffentlichkeit «verbotene» Stadt seine Tore.

«Wir brauchen nur noch ein Viertel des Geländes», sagt Elmar Ernst, Leiter Immobilien der Monosuisse. So gibt es heute auf dem Gebiet viele teils leer stehende, teils zwischengenutzte Industriekathedralen, Produktions-, Lager- und Bürogebäude aus den vergangenen 100 Jahren. In den letzten Jahren begannen neben Kleingewerblern auch Kreative die nicht mehr genutzten Fabrikanlagen für sich zu entdecken - was das regionale Onlineportal Zentralplus zum Übernamen «Kleinberlin» inspirierte.

Im Bau 724, wo sich früher die Forschungsabteilung der Viscosuisse befand, sind mittlerweile Architekten und Kunstschaffende eingemietet, welche die hohen Räume schätzen. In einem anderen Fabrikgebäude finden regelmässig die Dreharbeiten für den Luzerner «Tatort» statt. Da die Hochschule Luzern - Design & Kunst, umgangssprachlich «Kunsti» genannt, für ihre Studenten Atelierplätze nebenan gemietet hatte, kam die Monosuisse auf die Idee, der Schule ein ganzes Gebäude zur Verfügung zu stellen.

Mitte Januar gab die renommierte Design- und Kunstschule bekannt, die Hälfte ihrer Studenten und Mitarbeiter von der Luzerner Innenstadt nach Emmen zu verlegen. Nächstes Jahr werden 300 Studierende und 90 Dozenten in ein Industriegebäude, in dem früher die textile Weiterverarbeitung der Garne geprüft wurde, einziehen.

Entwicklung statt Abbruch

Damit nimmt das Viscosistadt getaufte Projekt konkrete Formen an. Der Masterplan wurde von den Zürcher Architekten EM2N erarbeitet, welche auch den Umbau der ehemaligen Toni-Molkerei zur Zürcher Hochschule der Künste verantworten. Vorerst sind Investitionen von 500 Millionen Franken, 1000 Wohnungen und 1500 Arbeitsplätze vorgesehen. Auf dem Stadtluzerner Gebiet ist die Rede von 500 Wohnungen und 1000 Arbeitsplätzen. Noch offen ist die Zukunft des 60 000 Quadratmeter grossen Rests des Viscose-Areals.

Auch wenn Monosuisse-Leiter Elmar Ernst kein Vorbild für die Viscosistadt nennt, ist klar, was für die Entwickler zumindest nicht infrage kommt: «Wir sind nicht auf schnelle Rendite, sondern auf eine nachhaltige Entwicklung aus.» So sollen Anfangsfehler vermieden werden, wie sie bei einer der ersten Industriebrache der Schweiz gemacht wurden. Ende der 90er-Jahre sah eine Projektstudie vor,

das Sulzer-Areal in Winterthur zugunsten einer Neuüberbauung abzureissen, was am Widerstand der Bevölkerung scheiterte. Ein Jahrzehnt später kam aufgrund von Rekursen und der Rezession das Aus für das Grossprojekt Megalou. Erst jetzt realisierte man, dass eine langsame Entwicklung der Königsweg war: Bedeutende architektonische Zeitzeugen wurden unter Schutz gestellt, die Zwischennutzung gefördert und nebenbei das Areal kommerziell umgebaut.

«Das etwa 370 000 Quadratmeter grosse Gebiet im Norden Luzerns ist eine Klumpenchanse, die es in der Schweiz nur noch selten gibt», sagt Fredy Hasenmaile, Leiter Immobilienresearch der Credit Suisse. Für Luzern bedeutet die Entwicklung der dringend benötigte Ausbruch aus dem engen Zentrum am See. Dank der Fusion mit dem Vorort Littau im Jahr 2010 kam Luzern zwar zu dringend benötigtem Bauland, aber vielen Luzernern ist es dort zu wenig städtisch. Emmen wiederum könnte endlich das Image vom hässlichen Entlein abstreifen. Und mittelfristig hofft der Luzerner Stadtpräsident Stefan Roth auf eine Fusion mit dem knapp 30 000 Einwohner zählenden Industrieort.

Bilder Impressionen aus der Viscosistadt



viscosistadt.tagesanzeiger.ch

Selbst veraltete Medikamente bleiben kassenpflichtig

Das Verhältnis von Kosten und Nutzen kassenpflichtiger Medikamente soll besser geprüft werden. Das heutige Zulassungssystem kommt beim Parlament schlecht weg.

Von Markus Brotschi
Bern

Die obligatorische Krankenversicherung bezahlt den Patienten nur Medikamente, die auf der sogenannten Spezialitätenliste (SL) aufgeführt sind. Die Verfahren, um Preise und Nutzen dieser Medikamente zu ermitteln, sind jedoch aus Sicht der ständerätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK) ungenügend. Dies führe dazu, dass die Arzneimittel in der Schweiz oft teurer seien als im Ausland. Zudem erhalte ein Hersteller mit der Aufnahme eines Medikaments auf die SL «praktisch eine unbefristete Garantie auf Abrechnung», kritisiert die GPK im gestern veröffentlichten Bericht. In den letzten 10 bis 15 Jahren sei kaum ein Medikament von der Liste gestrichen

worden, selbst wenn es wirksamere Mittel gebe. Die GPK verlangt nun vom Bundesrat, dass Medikamente mit schlechtem Kosten-Nutzen-Verhältnis konsequent von der SL gestrichen werden.

Die GPK stützt ihre Kritik auf eine Untersuchung der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle (PVK). Diese macht Mängel bereits im Kassenzulassungsverfahren aus. Im Gegensatz zum Ausland würden in der Schweiz keine Studien verlangt, die die Kosten eines neuen Medikaments ins Verhältnis zum Zusatznutzen gegenüber bereits zugelassenen Mitteln stellen. Zudem habe das zuständige Bundesamt für Gesundheit (BAG) nur ungenügend Zugang zu Studien über den Nutzen der Medikamente. Dies soll allerdings mit der Revision des Heilmittelgesetzes geändert werden.

Preisvergleiche hinken

Als ungenügend betrachtet die PVK auch die Überprüfung der Medikamentenpreise. Zwar werden in der Schweiz die kassenpflichtigen Originalpräparate alle drei Jahre einem Preisvergleich mit anderen Ländern unterzogen. Das Problem liegt laut PVK aber darin, dass es

sich bei den verwendeten Listenpreisen der Vergleichsländer um «Schaufensterpreise» handle. Als Beispiele nennt die PVK den Cholesterinsenker Sortis und das Krebsmedikament Zytiga. Deutschland etwa wendet ein Festbetragssystem an: Die Kasse bezahlt nur den Preis des günstigsten Medikaments mit einem bestimmten Wirkstoff. Dies übt auf Hersteller teurerer Präparate einen Preisdruck aus. Allerdings müssen in Deutschland Patienten unter Umständen draufzahlen, wenn sie das Original wollen.

Die GPK fordert nun den Bundesrat auf, auch für die Schweiz ein Festbetragssystem zu prüfen. Die Pharmabranche warnt jedoch davor, dieses System sei zum Schaden der Patienten. Diese erhielten nur das billigste Produkt und müssten das Medikament wechseln, sobald wieder ein anderes das günstigste sei. Thomas Cueni, Generalsekretär von Interpharma, hält zudem den Auslandspreisvergleich für wirksam. Patentgeschützte Präparate seien in der Schweiz gegenüber den Vergleichsländern kaum mehr teurer. Die Behauptung, zum Auslandspreisvergleich würden «Schaufensterpreise» verwendet, sei unbegründet.

Die PVK operiere mit Beispielen, die «nachweislich falsch sind», sagt Cueni.

Meierhans sieht Sparpotenzial

Preisüberwacher Stefan Meierhans fordert seit langem ein Festbetragssystem. Er hält die Einwände der Pharmabranche für unbegründet. In Europa hätten mehr als 20 Länder ein solches Preissystem. Studien zeigten, dass es keine Nachteile für die Patienten gebe. Die Auswahl bleibe bestehen. «Wird nur noch der Betrag des günstigsten Anbieters vergütet, senken die Hersteller der teureren Produkte die Preise», sagt Meierhans. Sollten aber medizinisch zwingende Gründe bei einem Patienten das Originalpräparat erfordern, müsse der Arzt dieses weiterhin verschreiben können. Der Preisüberwacher sieht allein in einem ersten Schritt ein Sparpotenzial von gegen 400 Millionen Franken jährlich. Die Medikamentenkosten der Grundversicherung betragen rund 4,2 Milliarden.



Download Bericht der Verwaltungskontrolle

evaluation.tagesanzeiger.ch

NSU: Verfahren um Mordwaffe eingestellt

Die Staatsanwaltschaft Berner Oberland hat ihr Verfahren gegen einen Mann eingestellt, dem vorgeworfen worden war, für die rechtsextreme Gruppierung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) eine Waffe beschafft zu haben. Die Ermittlungen drehten sich um Gehilfenchaft zu Mord und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Zwei Berner Oberländer standen ursprünglich im Verdacht, eine Pistole mit Schalldämpfer gekauft und nach Deutschland gebracht zu haben. Dort sollen Rechtsextreme mit der Waffe des Typs Ceska 83 neun Menschen türkischer und griechischer Herkunft umgebracht haben. Der eine Schweizer Beschuldigte war schon vergangenes Jahr entlastet worden, der andere vor wenigen Tagen, wie der zuständige Staatsanwalt David Steimer gegenüber dem «Tages-Anzeiger» bestätigte. Die beiden Berner Oberländer werden für die Untersuchungshaft entschädigt. Sie müssen demnächst als Zeugen im Münchner NSU-Prozess aussagen. Die Einvernahmen per Videoübertragung aus der Schweiz sind genehmigt. Der Termin steht noch nicht fest. (tok)